



Der freie Schwarzwälder

Mildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg



Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Wochentags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 50 Bg. Durch die Post im Nachbarortswert 2.25 M., in Würtemberg 2.60 M. vierteljährlich bezw. halbjährlich 1.50 M.
Druck und Verlag des Hofmann'schen Buchdruckerei (Inhaber: W. Reinhardt).
Für die Redaktion verantwortlich: G. Hum Wildbad.
Anzeigen 12 Bg., von auswärts 16 Bg. die Zeile für deren Raum.
Reklame 25 Bg. die Zeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bg.

Nr. 140

Mittwoch, den 18. Juni 1919

36. Jahrgang

Der Begleitbrief.

Paris, 17. Juni. (Gavas.) In dem Begleitbrief zu der Note der Verbündeten auf die deutschen Gegenvorschläge wird zuerst festgestellt, daß die verbündeten und vereinigten Mächte die von der deutschen Vertretung über die Friedensbedingungen gemachten Bemerkungen der ernsthaftesten Erwägung unterzogen haben. Der deutsche Vorschlag erhebe Einspruch gegen den Friedensvertrag vor allem, weil er in Widerspruch stehe mit den Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Der Einspruch der deutschen Vertretung beweise, daß sie die Lage verkennt, in der sich Deutschland heute befindet. Darum hatten es die alliierten und assoziierten Regierungen für notwendig, ihre Antwort mit einer genauen Darlegung des Kriegs, wie sie ihn beurteilen, zu beginnen. Dieses Urteil sei zugleich dasjenige der Gesamtheit der zivilisierten Welt.

Nach der Ansicht der verbündeten und vereinigten Mächte ist der Krieg, der im Jahre 1914 ausbrach, das größte Verbrechen gegen die Humanität und gegen die Freiheit der Völker, das je mit Vorbedacht von einer Nation, die sich für zivilisiert hielt, begangen wurde. Während vieler Jahre verdreifachten die deutschen Regierungen getreu der preussischen Ueberlieferung ihre Anstrengungen, um sich in Europa die Vorherrschaft zu sichern. Sie wollten sich die Fähigkeit erwerben, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu unangenehmsten gleichwie sie ein unterjochtes Deutschland unterjochten und beherrschten. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie den Geist ihrer Untertanen mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln zu der Lehre befehrt, daß in den internationalen Angelegenheiten die Gewalt das Recht sei. Sie haben nie aufgehört, die Mächte Deutschlands zu Lande und zu Wasser zu entlasten und die läghafte Behauptung zu verbreiten, eine solche Politik sei notwendig, weil die Nachbarn Deutschlands auf seine Macht und sein Gedeihen eifrig seien. Sie haben versucht, Feindschaft und Argwohn statt Freundschaft zwischen den Nationen zu säen. Sie haben ein ganzes Spionagesystem und ein Netz von Intrigen eingerichtet. Durch diese Drohungen mit Gewalttaten hielten sie ganz Europa in einem Zustand

von Erregung. Sobald ihre Vorbereitungen vollständig waren, ermatteten sie einen unterjochten Verbündeten, binnen 48 Stunden Serbien den Krieg zu erklären. Um für diesen Krieg, doppelte Sicherheiten zu haben, entzogen sie sich allen Versöhnungsversuchen.

Deutschland ist ebenfalls verantwortlich für die grausame und unmensliche Art, in der der Krieg geführt wurde. Seine Regierungen haben die Neutralität eines durchaus friedlichen Volks verletzt, nachdem sie feierlich versprochen hatten, sie zu achten. Nicht zufrieden damit, haben sie ungeheuer eine Reihe von Hinrichtungen und Einbürgerungen vorgenommen in der Absicht, die Bevölkerung zu vergewaltigen und sie durch das Schreckliche ihrer Handlungen gefügig zu machen. Die Deutschen gebrachten als erste die giftigen Gase trotz der entsetzlichen Leiden, die sie verursachen. Sie haben mit den Beschleunigungen durch Flugzeuge und weittragende Kanonen auf Städte begonnen, ohne militärische Gründe, einzig in der Absicht, die Moral ihrer Gegner zu schwächen, indem sie Frauen und Kinder trafen. Sie haben den Tauchbootsfeldzug begonnen, diese Verausforderung von Seeräubern gegen das Völkerrecht. Sie sind es, die mit brutaler Gewalttätigkeit Tausende von Frauen und Kindern in fremde Länder in die Sklaverei geführt haben. Sie haben sich hinsichtlich ihrer Kriegsgefangenen eine so barbarische Handlungsweise erlaubt, vor der selbst die unzivilisierteren Völker zurückgeschreckt wären. Die Handlungsweise Deutschlands ist so unangenehm beispiellos in der Geschichte der Menschheit. Die verbündeten und vereinigten Mächte glauben, daß sie sich denjenigen gegenüber schuldig machen würden, die zur Erhaltung der Freiheit der Welt alles gegeben haben, wenn sie ihre Zustimmung dazu gäben, in diesem Krieg nicht ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen das Recht zu sehen.

Die Haltung der verbündeten und vereinigten Mächte wurde Deutschland noch während des Kriegs durch ihre hauptsächlichsten Staatsmänner klar dargelegt. Sie wurde vom Präsidenten Wilson in seiner Rede vom 16. April 1918 unidriehen und ist vom deutschen Volk ausdrücklich und bestimmt als leitendes Friedensprinzip angenommen worden.

„Deutschland hat noch einmal gesagt, daß die Gewalt und nur die Gewalt entscheiden werde. Es ist also für mich nur eine Antwort möglich: Gewalt, Gewalt bis zum äußersten.“

Diese Haltung wurde in der Rede des englischen ersten Ministers vom 14. Dezember 1917 klar bezeichnet:

„Es gibt in keinem Lande Sicherheit, wenn die Bestätigung nicht eine gewissehafte ist. Es gibt keinen Schutz für das Leben, für die Güter, für das Geld in dem Staat, wenn das Verbrechen mächtiger ist, als das Recht. In der Weltgeschichte hat es oft vorbrecherische Staaten gegeben. Wir haben es in diesen Augenblicken mit einem solchen Staat zu tun. Es wird immer verbrecherische Staaten geben bis zu einem Zeitpunkt, wo wir durch eine internationale Uebereinkunft befähigt sein werden, internationale Verbrechen durch gemeinsame Bichtung zu sühnen.“

Der gleiche Punkt wurde dargelegt in der Rede Clemenceaus vom 17. September 1918.

„Was wollen sie, die französischen Soldaten? Was wollen wir selbst? Kämpfen und unansätlich siegreich kämpfen bis zu der Stunde, wo der Feind begreift, daß kein Kompromiß möglich ist zwischen einem solchen Verbrecher und der Gerechtigkeit. Wir wollen nur den Frieden und wir wollen eine Gerechtigkeit, die dauerhaft gestaltet ist, damit den kommenden Generationen die Greuel der Vergangenheit erspart bleiben.“

Irland hat ebenfalls am 4. Oktober erklärt:

„Wir werden den Frieden erheben, wenn unsere Forderungen werden, daß die Menschheit das Recht und die Pflicht hat, sich gegen die Fortdauer der Morden zu schützen, die dieses lächerliche Verbrechen beibringt haben. Die Welt wird anerkennen, daß es zur Wiederherstellung der sittlichen Ordnung nicht genügt, wenn derjenige, dessen widerrechtliches Unternehmen schelterte, erklärt, er habe auf seine Pflicht verzichtet. Die Fragen, die das friedliche Leben der Nationen in seinem Wesen berühren, müssen, wenn sie einmal gestellt sind die Lösung erhalten, welche die Gerechtigkeit erfordert.“

Gerechtigkeit verlangt die deutsche Delegation. Werchtigkeit, erklärt die deutsche Delegation, hat man Deutschland versprochen. Deutschland wird Gerechtigkeit zuteil werden, aber es muß eine Gerechtigkeit für alle sein, für die Toten, für die Verwundeten, für die Waisen, für alle Trauernden, damit Europa von dem preussischen Despotismus befreit wird; damit den Völkern Gerechtigkeit zuteil wird, die heute unter der Last einer Kriegsschuld wankten, die 30 Milliarden Pfund beträgt und die sie auf sich laden müssen, um die Freiheit zu erhalten; damit Gerechtigkeit geschehe, den Millionen von menschlichen Wesen, deren Heim, Boden und Habe die deutsche Grausamkeit geplündert und zerstört hat.

Landrichter Lange.

Wann von Maria Lenzen, g. b. v. Szegondi.

Gleich einem Gruß aus glücklichen Tagen heimelte es die Richterin an, als sie das Wohnzimmer des Wandschen Hauses betrat. Die beiden alten Leute schliefen fröhlich miteinander besprochen zu haben; denn die Richterin glaubte bei ihrem Eintritt einen Schatten auf den sonst so heiteren Gesichtern ihrer alten Verwandten zu bemerken. Aber nein, sie mußte sich getäuscht haben; denn man empfing sie so herzlich und herzlich wie immer, so oft Therese die Schwelme dieses Hauses, das ihr das Haus ihrer früh verstorbenen Eltern ererbte, überschritten hatte.

„Schön, Therese, daß du kommst,“ pfanderte Tante Agnes, die Rechte neben sich niederziehend. „Du hast dein Haus immer voll Fremde und die Hände voll zu tun und vergißt dabei doch die alten Leute nicht.“

„Tante, wie wäre das möglich; Vater und Mutter habe ich ja leider nicht, ich habe ja nur euch.“
„Das hast du liebtes Kind stets bewiesen. Aber sage einmal, hat der Landrichter es noch immer so mit dem Kellinghorster Baron?“

„Leider Gottes, Tante. Wir haben sie heute wieder alle bei uns zu Gaste gehabt, und übermorgen kommen die beiden Barone, um mit Lange und Franz nach Bodehoff zu reiten, wo sie fischen wollen. Nächsten Sonntag essen wir alle in Kellinghorst.“

Tante Agnes seufzte, und der Doktor schüttelte den Kopf.

Die Richterin nahm das Gespräch wieder auf: „Ja, Onkel Adolph, es ist betrieblend. Ich habe mein Leben lang alles gepasst und beieinander gehalten. Wahrhaftig nicht aus Geiz, aber um den Kindern ein bescheidenes Leben, das sie glücklich macht, zu gewähren.“

„Du tatest recht, Therese,“ sagte Doktor Bland mit freundlichem Ernst. „und die Treue, mit der du deine Pflicht erfüllt hast, wird nicht unbelohnt bleiben. Ich bin ein alter Mann und habe bis vor wenigen Jahren ein tätiges Leben geführt. Es kann alle-

nicht fehlen, daß in dreistündige Verhandlungen gemeinsam habe. Niemals aber sah ich ein Kind verloren gehen, das die Mutter in treuer Sorge und echter Frömmigkeit erzog. Darum vertraue du auf Gott. Er wird die Zukunft deiner Kinder so lenken, daß du einst dein Auge voll Dank für seine weisen Fügungen schließen kannst.“

„Sie geben mir großen Trost, Onkel. Dennoch kann ich mich der Sorge nicht entschlagen. Mein schlichtes Beispiel und meine mütterlichen Lehren werden von den vielfältigen Einflüssen überwuchert, die in unserem Hause so mächtig sind.“

„Ach, Kind!“ sagte die Tante. „du willst es nicht recht aussprechen, aber das ist ja klar, du bist bekümmert über das wunderliche Leben, welches dein Mann selbst führt und euch führen läßt. Ich kann dir das nicht verdenken. Denn so klug Better Lange ist, sein Benehmen in der letzten Zeit steht nicht im Einklang mit der gesunden Vernunft. Einen Trost kann ich dir geben: alle eure Freijahreszeiten haben den Kindern noch keinen Schaden getan. Sie kommen so oft und gern, wie sie von Kindheit an es getan, zu uns. Und Onkel Adolph kann es bezeugen, sie sind so herzlich und offen, so einfach und vergnügt, wenn sie mit Onkel und mir am Kaffeetisch sitzen, als habe niemals ein Baron oder eine Freitin von Bonndorf eure Schwelle überschritten.“

„O, Tante, Sie haben mir durch diese Versicherung einen Stein vom Herzen genommen.“

„Das freut mich zu hören, Therese,“ sprach der Doktor. „denn nun dürfen wir hoffen, daß deine Haupt Sorge behoben ist. Und was die anderen Sorgen betrifft, so nimm es nicht zu schwer. Es ist ja klar, daß jetzt viel bei euch durch den Spornstein geht und mancher teuern Flache der Hals gebrochen wird. Aber das lasse dich nicht zu sehr angreifen. Der Landrichter Lange hat es ja, und wenn er ein wenig so stark aufdrümen sollte, so soll es den Kindern nicht schaden — für die sind Onkel und Tante Bland immer noch da.“

Die Richterin ging getrübt nach Hause, hütete sich aber wohl, ihrem Manne die wohlwollenden Versicherungen ihrer alten Verwandten zu hinterbringen. Sie versuchte, ihm dadurch nur Anlaß zu größerer Besorgnis zu geben.

An demselben Abend empfing der Schneider Weber einen Brief von dem Pfarrer von Lobditz, der die Anfrage erhielt, ob er den ihm anvertrauten Brief einer amtlichen Person in Diätenbräu übergeben habe, und den Auftrag, Namen und Amt des Herrn dem Pfarrer mitzuteilen, damit dieser sich mit demselben in Verbindung setzen könne. Seine, des Karl Weber, Mutter werde immer schlechter, schrieb der Pfarrer, und wünsche dringlichst, die in dem ersten Briefe besprochene Angelegenheit vor ihrem Ende geschlichtet zu sehen.

Dieses Schreiben wurde, wie das frühere, dem Landrichter durch den Gerichtsschreiber übermittelt, und diesmal trug Lange Sorge, dem Schneider ein reichliches Botengeld zuzufolgen zu lassen. Darauf schrieb er mit Zustimmung des Freiherrn von Bonndorf dem böhmischen Pfarrherrn, daß ihm dessen erster Brief durch die Nachlässigkeit Karl Webers erst vor einigen Wochen zugekommen sei, und daß er, nachdem er sich mit dem Inhalte des hochwichtigen Schreibens vertraut gemacht, keine Zeit verloren habe, sich mit den Herren von Bonndorf in Verbindung zu setzen. Auf nähere Bezeichnung derjenigen Barone von Bonndorf, mit denen er unterhandelt hatte, ließ er sich nicht ein, sondern fuhr mit der Versicherung, daß er die Hoffnung hege, es werde ihm gelingen, die verschiedenen Zweige der freiherrlichen Familie zu einer Uebereinkommen zu bewegen, durch das Recht und Billigkeit gewahrt und gleichzeitig die Ehre des hochangesehenen und bis jetzt unbefleckten Hauses Bonndorf nach Möglichkeit vor Unglücks geschützt werde. Sobald er zu einem aemmenwertigen Ergebnis betreffs dieser wichtigen Angelegenheit gelange, verpfand er am Schlusse, werde er nicht verfehlen, dem Herrn Pfarrer die bezüglichen Mitteilungen zu machen.

„So,“ sprach der Landrichter, sein Schreiben an den böhmischen Geistlichen in Gegenwart des Pfarrherrn siegelnd. „dadurch sichern wir uns die erforderliche Zeit zu den uns obliegenden Verhandlungen.“

„Aber welchen Verhandlungen?“ rief der Baron. „Sie werden doch nicht wirklich mit meinem Better in Verbindung treten wollen?“



Deshalb haben die verbündeten Mächte nachdrücklich erklärt, daß Deutschland als allererste Bedingung des Vertrags den Wechsel der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit übernehmen muß. Deshalb bringen sie darauf, daß die Persönlichkeiten, die am offensichtlichsten die Verantwortung für den Angriff Deutschlands sowie die Akte der Barbarei und der Unmenschlichkeit, welche die gegnerische Partei in der Kriegführung angewendet hat, der Gerechtigkeit überantwortet werden, der sie bisher in ihrem Lande nicht unterzogen worden sind. Deshalb auch muß sich Deutschland während einiger Jahre gewissen Einschränkungen und Sonderbestimmungen unterwerfen.

Deutschland hat die Industrien zu Grunde gerichtet und die Fabriken der benachbarten Länder zerstört, mit der Absicht, seiner eigenen Industrie zu ermöglichen, sich der Märkte dieser Länder zu bemächtigen. Deutschland hat seine Nachbarn alles dessen beraubt, was es benutzen und fortführen konnte. Es verläßt sich auf alle Nationen auf offener See, wo keine Rettungsmöglichkeit für die Reisenden und Besatzungen vorhanden war. Es ist nur gerecht, daß die Wiedergutmachung erfolgt. Wenn darin eine bare Belohnung für Deutschland liegt, so hat es dies sich selbst zugezogen. Jemand muß die Folgen des Kriegs tragen. Allen denen, die das Recht auf Gerechtigkeit haben, die Gerechtigkeit nicht geben, siehe die Welt neuen Katastrophen ausliefern.

Die deutsche Denkschrift behauptet, daß der deutschen Revolution Rechnung getragen werden müsse und daß das deutsche Volk nicht verantwortlich sei für die Politik seiner Regierungen, da es sie von der Macht gestürzt habe. Die verbündeten Regierungen erkennen den eingetretenen Wechsel an und freuen sich dessen. Diese Wendung stellt eine große Hoffnung auf Frieden und Ordnung in Europa dar, aber sie kann die Begleitung des Kriegs nur und für sich nicht verhindern. Die deutsche Revolution wurde aufgeschoben, bis die deutschen Armeen im Felde geschlagen waren. Während des Kriegs wie auch vorher haben das deutsche Volk und seine Vertreter Kredite bewilligt, Kriegsanleihen gezeichnet, allen Befehlen ihrer Regierung gehorcht, sie teilen die Verantwortlichkeit der Politik ihrer Regierung, welche sie in jedem Augenblick, wenn sie gewollt hätten, hätten stürzen können. Wenn diese Politik der deutschen Regierung erfolgreich gewesen wäre, so hätte sie das deutsche Volk mit ebensolcher Begeisterung begrüßt, wie es den Ausbruch des Kriegs begrüßt hat. Die verbündeten Mächte halten deshalb dafür, daß der Friede, den sie vorge schlagen haben, wesentlich ein Friede der Gerechtigkeit ist.

Sie sind nicht weniger überzeugt davon, daß es ein Rechtsfriede ist gemäß den im Augenblick des Waffenstillstands angenommenen Grundrissen. Man kann nicht an der Absicht der verbündeten Mächte zweifeln, als Grundlage der europäischen Neuordnung den Grundriss angenommen zu haben, die unterdrückten Völker zu befreien und die nationalen Grenzen so viel als möglich entsprechend dem Sinn der interessierten Völker zu ziehen. Diese Absicht wurde eröffnet in der Rede des Präsidenten Wilson vom 8. Jan. 1918 wie in den in seinen folgenden Reden erwähnten Grundrissen der Neuordnung, welche die angenommenen Grundrissen des Friedens gewesen sind.

In Anwendung dieser Grundriss haben die verbündeten Regierungen Bestimmungen getroffen, um Polen als unabhängigen Staat wieder herzustellen mit einem freien und sicheren Zugang zum Meer. Ueberall, wo der Wille der Bevölkerung zweifelhaft ist, wird eine Volksabstimmung vorgezogen. Die Stadt Danzig wird die Verfassung einer freien Stadt erhalten. Ihre Einwohner werden als selbständig anerkannt; sie werden nicht in die Herrschaft Polens übergehen. Polen wird gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig erhalten. Die Stadt selbst wurde von Deutschland losgelöst, weil kein anderes Mittel möglich war, um einen freien und sicheren Zugang zum Meer zu bewirken, den Deutschland einzuräumen versprochen hat. Die deutschen Gegenanträge stehen in vollem Widerspruch zu der für den Friedensschluß angenommenen Grundlage und können daher von den Mächten nicht angenommen werden.

Die deutsche Note hat indessen die Verichtigung begründet, die vorgenommen werden wird, betreffs der Behauptung, daß Oberschlesien, obwohl von einer polnischen Mehrheit in der Proportion von 2 zu 1 d. h. 1.250.000 gegen 650.000 gemäß der deutschen Volkszählung von 1910 bewohnt, deutsch zu bleiben wünscht. Die Mächte willigen darin, daß die Frage, ob Oberschlesien einen Bestandteil Polens oder Deutschlands bleiben soll, durch Abstimmung der Bewohner selbst entschieden wird.

Das von den verbündeten Mächten vorgeschlagene Regime für das Gebiet des Saarbeckens soll 15 Jahre dauern. Dieses Gebiet gelangt nicht unter französische Herrschaft, sondern unter die Kontrolle des Völkerbunds. Diese Lösung hat den Vorteil, keinerlei Annexion in sich zu schließen, trotzdem Frankreich das Eigentumsrecht an den Gruben zuerkannt wird. Nach Verlauf von 15 Jahren wird die Bevölkerung, welche in der Zwischenzeit unter der Heberwachung und Regierung der Gesellschaft der Nationen die Kontrolle über ihre örtlichen Angelegenheiten ausgeübt hat, volle Freiheit besitzen, um zu entscheiden, ob sie Vereinigung mit Deutschland, Vereinigung mit Frankreich oder Fortsetzung der im Vertrag vorgesehenen Verwaltung wünscht.

Die Gebiete, welche man von Deutschland an Dänemark und an Belgien zu übertragen beabsichtigt, wurden teilweise gewaltsam von Preußen genommen und eingeerbt. Die Übertragung wird nur erfolgen, wenn sie das Ergebnis eines Entschlusses der Einwohner sein wird. Endlich sind die verbündeten Mächte der An-

sicht, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien sich lebhaft dem Gedanken widersetzen, unter deutsche Oberherrschaft zurückzufallen. Die herkömmliche deutsche Verwaltung, die deutschen Regierungsmethoden, sowie der Gebrauch, der in den Kolonien gemacht wurde um sie als Grundlage zu gebrauchen, von wo aus man glaubte, sich auf den Weltmarkt hinaus zu können, waren es den verbündeten Mächten unmöglich, diese Kolonien Deutschland zurückzugeben, noch ihm die Verantwortung anzuvertrauen, ihre Bewohner zu erziehen und zu bilden. Die Vorschläge betreffend die internationale Verwaltung der Kolonien bilden eine Ergänzung zu den Bestimmungen über die Länder, daß nämlich die Binnenstaaten auf den ihr Gebiet durchziehenden Pfaden Zugang zum Meere erhalten. Es besteht bei den verbündeten Mächten in keiner Weise die Absicht, Deutschland zu erdrücken und es zu verhindern, in internationalen Handel die Stellung einzunehmen, die ihm zukommt, vorausgesetzt, daß es die Bedingungen des Friedensvertrags erfüllt und seine Methoden des Angreifens und Ansehens aufgibt, die sein Geschäftsgebaren wie jene Politik kennzeichnen.

Es ist die Absicht der verbündeten Mächte, daß Deutschland eine gleichmäßige Behandlung genieße in Bezug auf den Einkauf von Rohmaterialien und den Verkauf von Waren unter dem Vorbehalt der zeitlich bereits eingeführten Maßnahmen, die im Interesse der durch Deutschlands Taten zerstörten und geschwächten Nationen ergriffen worden sind. Auch Deutschland soll an dem wieder wachsenden Wohlstand der Völker teilnehmen, aber auf viele Jahre hinaus wird noch ein beträchtlicher Teil des Wohlstands Deutschlands dazu dienen müssen, den Nachbarn die Schäden wieder auszubehern, welche Deutschland verschuldet.

Die Vorschläge der verbündeten Mächte bezüglich der Wiedergutmachung bezwecken keine Einmischung in das innere Leben Deutschlands, wie die deutsche Denkschrift behauptet. Infolgedessen sind die verbündeten Mächte nicht gewillt, sie abzuändern, aber sie erkennen die Vorteile an, die daraus erwachsen, wenn man so schnell wie möglich den Betrag kennen lernt, welchen Deutschland zahlen muß und die Mittel annehmen können. Dieser Betrag kann nicht sofort festgelegt werden, da die Höhe des Schadens und die Kosten der Wiederherstellung noch nicht festgelegt werden konnten. Infolgedessen willigen die verbündeten Mächte ein, Deutschland zu gestatten, sich ein Gesamtbild der Verluste und Schäden und in der Frist von vier Monaten von der Vertragsunterzeichnung an, Vorschläge für die Zahlung des von ihm verschuldeten Schadens zu machen. Falls man im Lauf von zwei Monaten, welche der Inkraftsetzung des Vertrags folgen, zu einer Einigung gelangen kann, wird die genaue pecuniäre Verantwortlichkeit Deutschlands so festgelegt werden. Falls in dieser Frist eine Einigung nicht Platz gegriffen hat, wird das im Vertrag vorgesehene Abkommen ausgeführt werden.

Die verbündeten Mächte können der Forderung der deutschen Abordnung auf sofortige Zulassung Deutschlands zur Gesellschaft der Nationen nicht nachkommen. Die deutsche Revolution bietet keinerlei Garantie, daß sie eine dauernde Veränderung darstellt. Bei dem augenblicklichen Zustand des internationalen öffentlichen Gefühls kann man von den freien Nationen der Welt nicht erwarten, daß sie sich unverzüglich und auf dem Fuß der Gleichheit mit denen vereinigen, die ihnen so großes Unrecht zugefügt haben. Aber wenn das deutsche Volk durch Handlungen seine Absicht, die Friedensbedingungen zu erfüllen, seine endgültige Verzichtleistung auf Angriffsvollzug und seine Umwandlung in ein Volk bekundet, mit welchem man auf freundschaftlichem Fuße in guter Nachbarschaft leben kann, so wird es möglich sein, in nicht ferner Zukunft die Gesellschaft der Nationen zu veranlassen, indem man Deutschland zuläßt. Es wird hauptsächlich von der Haltung des deutschen Volks selbst abhängen, den Zeitpunkt seines Eintritts in die Gesellschaft der Nationen näher zu bringen.

Die verbündeten Mächte erklären, daß die Blockade Deutschlands eine gesetzliche Kriegsmasnahme ist und nur infolge des verächtlichen Charakters des von Deutschland unternommenen Krieges und der von Deutschland durchgeführten barbarischen Kriegsmethoden, jedoch stets gemäß dem internationalen Rechte verschärft werden muß.

Schließlich erklären die verbündeten Mächte, daß ihre heute abgemittelten Bedingungen ihr letztes Wort sind. Der Vertrag, wie er heute aufgestellt ist, repräsentiert den aufrichtigen Versuch, eine Herrschaft des Rechtes zu errichten. Als solcher muß er im Wortlaut angenommen oder verworfen werden. Die verbündeten Mächte erwarten binnen 5 Tagen eine Erklärung, wonach die deutsche Abordnung bereit ist, den Vertrag, so wie er ist, zu unterzeichnen. Andernfalls stellt die gegenwärtige Mitteilung die Kündigung im Sinne des Artikels 2 des Abkommens vom 16. Februar 1919 über die Verlängerung des Waffenstillstands dar. Infolgedessen wird der Waffenstillstand ein Ende finden und die verbündeten Mächte werden die Maßnahmen ergreifen, die sie für erforderlich halten, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

Das Ende,

Verailles, 17. Juni. Als Generalsekretär Dutasta die Antwort der Verbündeten gestern abends halb 7 Uhr übergab, sagte er: Das sind die endgültigen Bedingungen. Die deutsche Abordnung soll in einer Frist von fünf Tagen, von der Stunde der Ueberreichung an gerechnet, erklären, ob sie gewillt ist, den Friedensvertrag zu unterzeichnen oder nicht. — Ministerialdirektor Simon erwiderte, die Frist sei zu kurz bemessen. Dutasta entgegnete, er werde den alliierten und assoziierten Regierungen davon Kenntnis geben. Kurz vor 9 Uhr

abends kam Dutasta nochmals nach Versailles und teilte mit, die Entente habe sich bereit erklärt, die Frist um 18 Stunden zu verlängern.

Verailles, 17. Juni. Auf der Fahrt vom Hotel des Reitervoies in Versailles zum Bahnhof in Compiègne, wo der Sonderzug mit der deutschen Friedensabordnung nach Weimar abfuhr, wurden aus der Menschenmenge heraus nach den Automobilen Schreie geworfen. Es wurden insfolgedessen mehr oder weniger verletzt: Dr. Melchior, Oberleutnant von Klander, Major Dr. Meyer und Frau Tornblätt. Die Ausgebungen der Menge dauerten den ganzen Abend fort und verstärkten sich zum stärksten Zohlen, Rufen und Schreien, als sich Mitglieder der Abordnung auf der Straße zu dem Hotel des Reitervoies und den Hotels Zuhre und Batel zeigten.

Berlin, 17. Juni. Gegen die Ausschlüsse bei der Abfahrt der Mitglieder der deutschen Friedensabordnung aus Versailles hat Graf Brodorski-Kangau schärfsten Protest eingelegt.

Neues vom Tage.

Berlin, 17. Juni. Zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium ist Herr Gregorinsky ernannt worden. **Ausland.**

Berlin, 1. Juni. Infolge des Ausfalls der Buchdruckerhilfsarbeiter sind auch heute früh nur ganz wenige Zeitungen erschienen.

München, 17. Juni. Die bayerischen Grubenarbeiter sind in den Ausstand getreten. Nach Zusage der 7ständigen Schicht haben die Arbeiter von Hansham wieder gearbeitet, die von Peissenberg werden erst nach weiterer Lohnerhöhung einfahren.

Die bayerischen Gemeindevahlen.

München, 17. Juni. Bei der Bürgermeistereiwahl in München wurden abgegeben 287.858 Stimmen. Autonomiechef Dr. Amstutz (Zentr.) erhielt 78.409; Schriftsteller Scheid, fröh. Minister (USP.) 77.257; Reichrat Dr. Konrad (DdP.) 31.609; Mediziner E. Schmid (Mehrheitssozialist) 45.673. Stichwahl zwischen Amstutz und Scheid, die durch den Stadtrat selbst zu erfolgen hat. Ausgang augenblicklich noch unbekannt. Kreiswahl: USP. 77.768; Zentr. 67.706; Topf. 45.552; DdP. 34.833; Reichsbund 16.857.

Der Krieg im Osten.

Breslau, 17. Juni. Da die polnische Regierung schon seit 12 Tagen die Grenze gegen Schinesen völlig gesperrt hat und andererseits polnische Verbrechen gegen deutsche Eisenbahnanlagen sich mehren, hat das Generalkommando im Einverständnis mit dem Reichs- und dem preuß. Staatskommissar die schlesische Grenze gegen Polen gesperrt.

Helsingfors, 17. Juni. Ein russischer Funkpruch meldet, daß die Truppen der Moskauer Sowjetregierung nach dreitägigen Kämpfen Ufa eingenommen haben.

London, 17. Juni. Reuter meldet: Die polnischen Truppen haben in Ostgalizien an der Błota-Vipa mehrere tausend Gefangene gemacht, viel Kriegsmaterial erbeutet und die Zahlung mit vier polnischen Divisionen, die von Odessa herbeimarschiert waren, hergestellt.

Helsingfors, 17. Juni. Die deutschen Entfestigungsarbeiten auf den Aalandsinseln begannen am 10. Juni. Sie werden durch deutsche und finnische Arbeitskräfte ausgeführt.

London, 17. Juni. „Daily Mail“ meldet aus Helsingfors: Die Festung Kronstadt steht in Brand. Einige Forts haben die weiße Flagge gehißt. Sieben bolschewistische Kriegsschiffe haben die weiße Flagge gehißt und sind auf dem Weg, sich dem britischen Geschwader zu übergeben.

London, 17. Juni. (Reuter.) Nach einem Telegramm aus Dmsk vom 9. Juni setzen die Truppen Koltshaks die Offensive fort. Sie vernichteten mehrere rote Bataillone, drangen südlich nach Perm und brachten 12 roten Regimenten bei Aganz in Richtung Sarapul eine große Niederlage bei. Die Uralsozialen schlugen ebenfalls die roten an und machten tausend Gefangene.

Eine Note Kenners.

St. Germain, 17. Juni. Der österreichische Staatskanzler Renner hat der Friedenskonferenz eine Note zugehen lassen, die gegen die Abtrennung der Deutschen in Böhmen und Oesterreichisch-Schlesien Einspruch erhebt. Es sei ein schweres Unrecht, dadurch zwei zu unaussprechlicher gegenseitiger Feindschaft verurteilte Kleinstaaten der Deutschen und Tschechen zu schaffen. Damit werde ein anderes Uebel verhängen in doppelter Umfang errichtet. Dagegen verlangt die Note, daß das deutsche Gebiet in den Sudeten befreit und je ein konstituierender Landtag für Deutsch-Böhmen und die Sudetenländer nach Abzug der tschechischen Truppen gewählt werde; über die Staatszugehörigkeit der letzteren soll eine Volksabstimmung entscheiden. Der Note ist ein Vorschlag der Befürworter der bedeutendsten österreichisch-schlesischen Kohlenbergwerke beigelegt, dieses Revier zu internationalisieren.

Unmittelbar nach der Note über das Sudetenland hat Staatssekretär Dr. Renner eine weitere Note überreicht, der eine ausführliche Denkschrift über die sonstigen Gebietsfragen Deutsch-Oesterreichs beigelegt ist. Für den Fall, daß nicht alle Sudeten-Deutschen ihren freigeübten Entschluß, unserem Staate anzugehören, durchsetzen können, werden die Gebiete des deutschen Böhmerwaldes, Deutsch-Südböhmens und Deutsch-Sudmährens gefordert.

Wien, 17. Juni. Nach Mitteilung der italienischen Waffenstillstandskommission hat der Bicerat der serbischen Regierung aufgetragen, die südslawischen Truppen hinter der Südgrenze des Klagenfurter Becken zurückziehen und die Feindseligkeiten einstellen zu lassen.

Prag, 17. Juni. Der tschechische Kommunist Kunza wurde verhaftet, nachdem Beweise gefunden waren, daß er mit Ruha in Budapest Verbindungen unterhalte.

die gegen die Sicherheit des tschecho-slowakischen Staats gerichtet waren.

Die amerikanische Leistung.

Haag, 17. Juni. Die „National Review“ veröffentlicht unter dem Titel „Die amerikanische Leistung“ einen Aufsatz, der die Leistung des amerikanischen Heeres in Frankreich so klar wie möglich herabdrückt und zum Schluss feststellt, daß die Deutschen in der großen Argonnen Schlacht vom 26. September bis 11. November 1918 nach der Berechnung des französischen Generalstabs mit 60000 Gewehre gegen 260000 amerikanische hatten.

Wilson fügt sich nicht.

Washington, 16. Juni. (Reuter.) Aus die Entscheidung des Senats, die den vollständigen Text des Friedensvertrags fordert, teilte Wilson durch das Staatsamt mit, die Mitzeichnung des Friedensvertrag widerspreche den öffentlichen Interessen, da der Vertrag unvollständig sei und noch über viele Punkte verhandelt werde.

Wilson agitiert für den Völkerbund.

Washington, 17. Juni. (Reuter.) Nach seiner Rückkehr nach den Vereinigten Staaten wird Präsident Wilson eine Rundreise durch das Land antreten und Neben zu Gunsten des Völkerbunds halten.

Arbeiterbewegung in Frankreich.

Marzelle, 16. Juni. (Havas.) Im Garonnebecken ist am Montag der Ausstand der Bergarbeiter zum Generalstreik geworden. Im Cornouailles Gebiet, sowie in Saint-Etienne und Umgebung haben die Bergleute am Sonntag beschlossen, die Arbeit niederzuliegen.

Streik in Kanada.

London, 17. Juni. „Daily Mail“ meldet aus Toronto, daß die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten die Weisung erhalten haben, am Mittwoch in den Ausstand zu treten. Es handelt sich um 30000 Arbeiter in ganz Kanada.

Kämpfe in Mexiko.

Washington, 17. Juni. (Reuter.) Die Amerikaner hatten gestern Morgen bei Juarez ein siegreiches Gefecht mit Rebellen und machten viele Gefangene. Die Truppen Villas sollen südlich Juarez die Flucht ergriffen haben und von den Amerikaner verfolgt werden. Die amerikanische Kavallerie hat die Verfolgung Villas aufgegeben und ist wieder auf amerikanisches Gebiet zurückgekehrt.

Vermischtes.

Die Kölner Universität. Am 12. Juni wurde mit einer Festhandlung in der Aula der Kölner Universität wieder eröffnet. Köln war nach Heidelberg (1388) die älteste Universität Deutschlands (gegründet 1388) und die viergrößte im dt. römischen Reich deutscher Nation; die ältesten sind Prag (1347) und Wien (1265). Im Jahr 1777 wurde die Universität nach Bonn verlegt, 1801 aber von Napoleon I. aufgehoben. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen stellte die Universität wieder her, sie verblieb aber in Bonn.

Geldraub. Fünf Banditen überfielen auf der Straße von Borsigwerra nach Beuthen (Oberschlesien) einen Geldtransport der Postkammer. Die Räuber sind mit 100000 Mark entkommen. In derselben Gegend ist vor drei Wochen eine ähnlich große Summe, die zu Lohnzahlungen bestimmt war, aus einem Auto der Postkammer gerammt worden.

Eisenbahnunfall. Auf der Straße Großdamm-Brokan (Schlesien) wurde das Gleis über einer Abzweigung eingestürzt. Ein Güterzug ist dort entgleist. Die Lokomotive und 15 Wagen stürzten die Böschung hinab und wurden schwer beschädigt.

Eine Milliarde falscher tschechischer Banknoten in Umlauf. Wie das „Prager Tagbl.“ meldet, soll eine Milliarde falsch gestempelter tschechischer Banknoten in Umlauf sein. Sie werden bei der Einwechslung gegen die neuen Staatsnoten zum Schaden der Besitzer beschlagnahmt und nur zur Hälfte eingelöst.

Schiffsunfall. Reuter meldet aus New York, daß der Dampfer „Kewano“ am 11. Juni den deutschen Dampfer „Orat Waldersee“, der nach West unterwegs war, rund 10 Meilen von Sandy Hook gerammt hat. Der Maschinenraum des „Orat Waldersee“ war voll Wasser. Zwei Dampfer eilten zu Hilfe. Sie haben die Passagiere und die Besatzung an Bord genommen. Der „Orat Waldersee“ wurde am Longbeach auf Long Island an Strand gesetzt. 40 Passagiere und die Besatzung sind an Bord des Dampfers „Patricia“. Mehrere Mitglieder der Besatzung wurden beim Rammen verwundet. Der „Waldersee“ gehörte früher der Wärmann-Gesellschaft in Hamburg.

Amtl. Fremdenliste.

Verzeichnis der am 11. Juni angemeldeten Fremden.

In den Gasthöfen:

- Gasthotel:** Arnold, Dr. Franz, Fabrikant, Stuttgart.
- Fremdenheim Bergfrieden:** Schmalz, Fr. J., Pforsheim.
- Hotel Deutscher Hof:** Buttwardt, Dr. S., Stuttgart.
- Schweilen, Dr. A., Stuttgart.**
- Gasthaus zur Eisenbahn:** Lehmann, Dr. A., Oberreallehrer, Ehingen. Fleisch, Fr. Josephine, Saulgau. Krenpel, Dr. Walter, Stuttgart. Satorius, Dr. Fritz, Stuttgart. Oberdorfer, Fr. Maria, Ulm. Oberdorfer, Dr. Josef, Ulm.
- Hotel Klumpp:** Schwerem, Fr. Gertrud, Berlin-Dahlem. Eilers, Fr. M., Jahnstadt, Charlottenburg. Pfaff, Dr. Ludwig, Rfm mit Chauffeur, Heidelberg. Trauth, Fr. Emma, Mannheim. Uhl, Fr. Annaliese, Baden-Baden. Schneider, Fr. Karoline, Fabrikanteng., Kalen.
- Klumpp's Quellenhof:** von Raff, Fr. Ferdinand, Stuttgart. Krubler, Fr. Ida, Berlin-Wilmersdorf.
- Hotel Kühler Brunnen:** Hall, Dr. Hermann, Stiller. Dr. Karl, Köppler, Dr. Karl, Gehler, Dr. Franz, sämtl. aus Karlsruhe. Beer, Dr. Alfred, Freiburg. Rapp, Dr. Eugen, Müller, Dr. Adolf, Hepp, Dr. Leopold, Keller, Dr. Alfred, Schmitt, Dr. A., Lehmann, Dr. Emil, Niedel, Dr. Adolf, Krimmer, Dr. Anton, Ganger, Dr. Hugo, Schwan, Dr. A., Schwan, Dr. A., Budzinski, Dr. Aug. Wil., Sieber, Dr. J. Friedrichshafen.
- Villa Mathilde:** von Viskovski, Fr. L., Mannheim.
- Hotel Palmgarten:** Menke, Dr. Karl, Freiburg. May, Fr. Bruno mit L., Stuttgart.
- Hotel Post:** Lünser, Adolf, Berlin, Bassow, Dr. Fritz

Karlsruhe, Berchers, Fr. E. Reinschke, Karlsruhe.

Zommerberg-Hotel: Fleischer, Dr. D. M., Fabrikant, Göttingen.

Gasth. zur Sonne: Galtzer, Dr. Altensteig. Fegert, Dr. Oskar, Holzhandler mit Frau Gem., Löwenstein. Galtzer, Fr. Emilie, Altensteig.

In den Privatwohnungen:

- Villa Dohme:** von Baldbausen, Dr. A., Regierungsrat Fr. Friedrike Fuchs: Grentner, Fr., Mannheim.
- Vollinspektor Herrmann:** Einfiedler, Fr., Ranzelsau.
- Haus Krauß:** Fischer, Fr. Metzgermeister mit Bed., Pforzheim.
- Villa Pauline:** Dangel, Fr., Altheim.
- Fr. Witwe Schill:** Hausenstaf, Fr. Marie, Gönning-u.
- Villa Cannenburg:** Siebel, Fr. Alice, Berlin-Neukölln.
- Kraft, Fr. Klara, Berlin-Wichtenberg.**
- Villa Treiber:** Kaitelhuber, Fr. Johanna und Marie Gemmingheim.
- Badinspektor Vogt:** Heikommer, Fr. Anna, Gmünd.
- Krankenheim:** Kaiser, Dr. Joh., Mähringen. Keim, Dr. Georg, Saulgau. Bitterwolf, Dr. Georg, Biberach. Salzer, Dr. Friedrich, Reussen. Luz, Dr. Ludwig, Stuttgart. Hausmann, Dr. Friedrich, Ravensburg. Luz, Dr. Anton, Saulgau. Maier, Dr. Michael, Ulm. Rägele, Dr. Großschlingen. Birle, Dr. Adolf, Ravensburg. Görle, Dr. Joh. Georg, Tunnheim. Häfner, Fr. Maria, Schenhausen. Durner, Fr. Sofie, Schornbach. Haage, Dr. Aug., Waldenbuch. Hägele, Dr. Gottlob, Stuttgart. Dalbe, Dr. Andreas, Rönigen. Weller, Dr. Georg, Altdorf. Möhle, Dr. Karl, Klein. Wolf, Dr. Gottlob, Klein. Gailing, Dr. Christian, Bödingen. Keergans, Fr. Maria, Stuttgart. Plumm, Dr. Gottfried, Vertheim. Krauhanzel, Dr. Josef, Sonthem. Klein, Dr. Karl, Duffingen. Niedel, Dr. Gottlieb, Oberurbach. Wagner, Dr. Ludwig, Weßheim. Hoffmann, Dr. Karl, Baihingen. Wiedmann, Dr. Friedrich, Neuenhaus. Schod, Dr. Remigius, Kolbingen. Wid, Dr. Eugen, Tübingen. Maier, Dr. Karl, Stuttgart. Anders, Dr. Reinhold, Stuttgart. Martini, Dr. Michael, Schwemningen. Würtner, Dr. Erhard, Schwemningen. Hofmann, Fr. Sofie, Heilbronn. Geld, Fr. Elisabeth, Vietingheim. Dold, Fr. Hermine, Tuttlingen. Schod, Fr. Pauline, Heilbronn. Woll, Fr. Berta, Ulm. Auer, Fr. Hanns, Stuttgart. Hofmann, Fr. Eugenie, Baihingen. Bechtold, Fr. Mathilde, Schwemningen.

Grölungheim: Bender, Dr. Rudolf, Heilbronn

Zahl der Fremden 2524.

Sitzung des Gemeinderats vom 13. Juni 1919. (Fortsetzung.)

Herr Stadtschultheiß Böhner, fortzufahren: Meine Herren! In wesentlich veränderter Zusammenfassung tritt heute der neue Gemeinderat zusammen. Seine jetzige Zusammenfassung bedeutet eine breitere Grundlagende Vertretung der Einwohnerschaft auf dem Rathaus. Alle Parteien — und damit wohl auch die verschiedenen Stände und Schichten der hiesigen Einwohnerschaft — sind jetzt im Verhältnis ihrer Stärke in unserem Gemeinderat vertreten und wirken künftig bei der Leitung der Geschäfte unserer Stadt mit. Es sind in ihm 5 Handwerker, 5 Arbeiter, 3 Gastwirte, 2 Kaufleute und 1 Beamter vertreten. Diese Zusammenfassung gibt die Gewähr, daß künftig ein einheitliches Zusammenarbeiten zum Wohle des Ganzen möglich ist. Meine Herren! Diese Möglichkeit wird Wirklichkeit werden, wenn Sie mit mir bestrebt sein werden, die Verhandlungen sachlich, in verständlichem Geiste und unter gegenseitiger Achtung zu führen. Sie wird Wirklichkeit werden, wenn Sie sich mit mir zur obersten Richtschnur und zum Leitstern ihres Handelns machen wollen: Das Wohlergehen und das weite Wähnen und Gedeihen unserer schönen Badeort Wildbad und ihrer Einwohnerschaft! Ich weisse nicht daran, daß Sie den guten Willen hierzu mitbringen und bekräftigen Sie daher alle herzlichst.

Gemeinderat Bechtle dankt dem Vorsitzenden für seine Begrüßungsworte und gibt im Namen der neu gewählten Mitglieder die Versicherung ab, daß sie ihres Amtes stets mit Pflichtigkeit und Gewissenhaftigkeit, ohne Ansehen der Person und Partei, walten und das allgemeine Wohl als die alleinige Richtschnur ihres Handelns betrachten werden.

Der Gemeinderat trat hierauf in die Erledigung der ziemlich umfangreichen Tagesordnung ein. Zunächst wird auf Antrag des Vorsitzenden beschlossen, die Tagesordnungen künftig in den hiesigen Blättern zu veröffentlichen. In die Gemeinderatsabteilung zur Annahme der Einnahmen und Ausgaben der Stadtkasse und Vergütung werden mittels gemeinsamer Abstimmung gewählt die Gemeinderäte: Brachold, Rappmann, Chr. Schmid und Bechtle. Als Stellvertreter: Hermann Schmid und Hermann Großmann. Als Vertreter der Gemeinde im Ortsrat werden gewählt: Dr. Gemeinderäte Rappmann, Koch und Schlüter, Frau Dr. Grunow und Frau Direktor Welfer.

Zum Gewerbeamt werden bestimmt neben dem Stadtvorstand als Vorsitzenden und Professor Steuer als dessen Stellvertreter die Gemeinderäte Schwerdtle, Böck, Schlüter und Koch. Die städtischen Straßenarbeiter bitten, ihnen Stundenlöhne in gleicher Höhe zu bewilligen, wie sie den Waldarbeiter durch Beschluß vom 3. und 9. Mai ausgesetzt worden sind, nämlich für Arbeiter über 18 Jahre M. 1.10 pro Stunde, für Arbeiter im 17. u. 18. Lebensjahr 90 Pfg., im 16. bis 17. Lebensjahr 80 Pfg., im 15. bis 16. Lebensjahr 70 Pfg., im 14. bis 15. Lebensjahr 60 Pfg. Es wird beschlossen, dem Gesuch mit Wirkung vom 1. Juni an zu entsprechen.

Die Stundenlöhne der Arbeiter des städt. Elektrizitätswerks und des Gaswerks werden wie folgt festgesetzt: Gelernte Arbeiter Stundenlohn M. 1.30, Tagelöhner und ungelernte Arbeiter Stundenlohn M. 1.10 mit den Abstrichen für jugendliche Arbeiter wie bei den Straßenarbeitern (s. oben).

Der städtische Beitrag an den hiesigen Versicherungsverein und an den Verein von Sprollenhaus wird von 150 M. auf 400 M. erhöht. Das städtische Gebäude B 113 (Eisele'sches Haus) soll

nachdem der zweite Verkaufstermin ein Höchstangebot von 29000 M. zeitigte, noch einmal zwischen den zwei letzten Steigern Chr. Schill und Jakob Haug zum Kaufreich gebracht werden, worauf das Haus sofort dem Höchstbietenden zugelassen werden soll. Dem Käufer wird die Auflage gemacht; die im Hause wohnenden Mieter noch ein halbes Jahr dort zu belassen.

Die Krankenkassierin des städtischen Krankenhauses, Frau Wilhelmine Rull Bore, hat infolge Krankheit um Enthebung von ihrer Stelle auf 1. Juli d. J. nachgesucht. Auf den an die hiesigen Kriegsmilitären u. Kriegsteilnehmer ergangenen Bewerberaufruf haben sich 8 Bewerber um die Stelle gemeldet. Der vom Vorsitzenden vorgelegte Entwurf des Anstellungsvertrags des Krankenkassierers wird genehmigt und der Gehalt desselben wie folgt festgesetzt: a) jährlicher Gehalt 800 M.; b) freie Wohnung mit Gartenanteil, Anschlag 200 M.; c) 8 Km. tannene Brägel 2. Kl. angeschlagen zu 50 M.; d) für die Verköstigung, Port und Pflege der Insassen des Krankenhauses die im Anstellungsvertrag festgelegten Vergütungen.

Da es sich um eine für Militärärzter oder Inhaber des Anstellungsscheins vorbehaltene Stelle handelt so wäre sie lt. Erlaß des Ministeriums des Innern vom 17. März 1919 dem Kriegsmilitärministerium zur Ausschreibung anzumelden, wenn sie nicht mit einem hiesigen Militärärzter oder Anstellungsscheininhaber besetzt wird. Unter den 8 Bewerbern befindet sich nur 1 Inhaber eines Anstellungsscheins, nämlich Ernst Friedrich Waldleit, Fabrikarbeiter, geboren am 24. Mai 1892 in Götting, Oberamt Neuenbürg, welchem er folgebessene die Stelle durch Antrag des Gemeinderats mit Wirkung vom 1. Juli 1919 ab übertragen wird.

Die Belohnung des Lehrers in Sprollenhaus für die Schulreinigung wird von 120 Mark auf 180 Mark erhöht. Der Witzins für die Autobahn des Gastwirts Eisele u. f. Brunnen, die die Stadt für Lagerweide benötigt, wird von 252 Mark auf 360 Mark jährlich erhöht.

Die Gebühren des Totengräbers für die Herstellung der Gräber werden mit sofortiger Wirkung wie folgt festgelegt: a) für das Grab eines Erwachsenen 10 Mark, b) für das Grab eines Kindes bis zu 14 Jahren 4 Mark 50 Pfennig. Verschiedene Verwaltungsangelegenheiten fanden noch ihre Erledigung.

(Mit diesem veröffentlichen Bericht erledigen sich einige Ungeklärtheiten des letzten Berichts lt. Nr. 137 des Bl.)

Konzert-Programm

der KUR-KAPELLE WILDBAD

Leitung: Musikdirektor P. Frantz.

Donnerstag, den 19. Juni, (Frohleichnam)

vorm. 11—12 Uhr Trinkhalle

- 1. Choral: Erhabene Mutter unseres Herrn.
- 2. Trompeten-Ouverture Mendelssohn
- 3. Deutsche Tänze Schubert
- 4. Oeuvren aus „Aerodias“ Massenet
- 5. Chor der Friedensboten aus „Rienzi“ Wagner

nachm. 3 1/2—4 1/2 Uhr Anlagen

- 1. Florentiner-Marsch Fackel
- 2. Lustspiel-Ouverture Möller-Berghaus
- 3. Melodien aus „Preciosa“ Weber
- 4. Intermezzo aus „Hoffmanns Erzählungen“ Offenbach
- 5. Die Liebe zum Volke für Trompeten Suppe

(Herr Nießmann)

6. Rote Rosen, Walzer Lehar

nachm. 5—6 Uhr Kurplatz

- 1. Marsch und Finale aus „Aida“ Verdi
- 2. Ouverture „Die weiße Dame“ Böllner
- 3. Szene aus dem Musikdrama „Siegfried“ Wagner
- 4. Rhapsodie über ungar. Weisen Reindel
- 5. Rosen aus dem Süden, Walzer Strauß

Abends 8 1/2 Uhr im Kursaal

Kammermusik-Abend

gegeben von Dagmar Benzinger, Klavier, Gregor von Akimoff, Violine, Peter Dorndorf, Violon-Cello, sämtlich aus Stuttgart.

Eingefandt.

In meinen Wildbader Bl. habe ich letzten Winter immer wieder darauf hingewiesen, daß mir ohne Fremdenindustrie zu maßlosem Glanz verwehrt wären.

Logisch denkende Menschen bedürften dieses Hinweises nicht. Die mannigfaltigen Reklamationen einzelner Wildbader, die öffentliche Beantwortung meines letzten Wildbader Briefes zeigten aber deutlich, daß auch Abwässer unsere Höre Eng berieten.

Es lag auf der Hand, daß mit diesen Zuständen der Geschmack unseres Bades kein Fortschritt darstellen konnte, daß vielwache Krankheitsstoffe gelegt wurden, die eines Tages ein höheres Stiechtum mit sich bringen müßten.

Die Diagnose dieser Krankheit war leicht zu stellen, auch die Medizin war da.

Trotz alledem wollte sie niemand nehmen. Warum — weil sie eine Austerkeit in sich trug, betitelt: **Tat sächlich e W a h r h e i t.**

Wie merkwürdig, daß dieser Wahrheit niemand in die Augen sehen konnte, daß sie aus Angst einzelner Angriffe sich verbergen hielt!

Inzwischen forderte das Stiechtum weitere Opfer, die zahlreichen emagierten Angestellten müßten „Stellungsgelos“ gesetzt werden, die eheliche Arbeit fand kein Gehör.

Schon hielt die Prognose unter den heiligen Leuten Aufschau und siehe da, es erschienen sich Männer, welche die Wahrheit sahen.

Ich freue mich, daß dieser kostbare Fund unseren Hotel-Angeklagten zu verdanken ist, daß durch sie die Resolution am gestrigen Tag in die Wege geleitet wurde.

Verkennen wir weiter nicht, daß durch das Eingreifen unseres Arbeiterrats und die Mitwirkung vieler Hundert hiesiger Arbeiter der Protest erst das geworden ist, was ihm not tat.

Ein Bündnis der Interessengemeinschaft, ein gemeinsames Erkennen, daß wir alle nur ein Ziel haben: **„Uns gegenständig zu helfen und zu führen.“** Wäge jeder Arbeiter dieser Worte stets bedenken, jeder Arbeitgeber aber nie vergessen, daß kein Arbeiter ihm in Zeiten der Not seine beste Stütze sein kann.

Die neuen amtlichen württembergischen Briefmarken mit dem Aufsatz „Vollstaat Württemberg“ sind am 16. Juni zur Ausgabe gelangt. Es sind 14 verschiedene Marken zu 2½, 3, 5, 7½, 10, 15, 20, 25, 35, 40 und 50 Pfennig, die nur für den amtlichen Bezirks-Übermittlungs-Verkehr innerhalb Württembergs verwendet werden dürfen. Die andere Reihe neuer Marken für den dienstlichen Verkehr der Staatsbehörden ist noch nicht fertig. Die neuen Marken sollten am zweckmäßigsten bei der Jubiläums-Markenschiefe des Stuttgarter Hauptpostamts im ersten Stadtkontor (Kontingenz 10925) eingekauft oder bestellt werden.

Jubiläum der Postarte. In diesem Jahre sind 50 Jahre seit der Einführung der Postarte verstrichen. Der Erfinder ist Dr. Emanuel Herrmann, Professor der Nationalökonomie, geb. 1839 zu Klagenfurt, 19. 10. 1902 in Wien.

Die württembergische Verfassung

Die beiden südwestdeutschen Bundesstaaten sind die ersten in Deutschland, die nach der Revolution durch ihre verfassunggebenden Landesversammlungen sich den Grundriss zum Neubau ihres Hauses geschaffen haben. Dem badiischen Nachbarn ist Württemberg in Fertigstellung einer neuen Verfassung aufs rascheste gefolgt. Die Verfassung des freien Volksstaats Württemberg ist von der verfassunggebenden Landesversammlung genau ein Vierteljahr, nachdem die Regierung den Entwurf zur Verfügung gestellt, mit allen gegen 9 Stimmen des Bauernbunds und der Unabhängigen angenommen worden.

Es traf sich, das, woran die „Kölner Zeitung“ erinnert, der Tag der Endabstimmung, der 26. April, der Geburtstag Ludwig Uhlands war, der vor 100 Jahren der beredete Mund des Rechtsgelehrten und Freiheitsdrangenden seines Volkes war. Genau 100 Jahre hat das Werk von 1819 gedauert, in zahlreichen Einzelheiten, insbesondere der Zusammensetzung des Landtags, im Laufe der Jahrzehnte verändernden Zeitverhältnissen langsam angepaßt, im ganzen aber doch unangefochten. Die neue Verfassung ist auf streng demokratischer Grundlage aufgebaut. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ „Das Volk bekundet seinen Willen durch Wahl und durch Abstimmung.“ Dabei ist schon den zwanzigjährigen männlichen und weiblichen Geschlechters die politische Mündigkeit gesprochen.

Ueber das Verhältnis zum Reich beschränkt sich die Verfassung auf den kurzen Satz des ersten Paragraphen: „Württemberg ist ein freier Volksstaat und ein Glied des Deutschen Reiches.“ Seine Staatsgewalt wird nach den Vorschriften dieser Verfassung und nach den Gesetzen des Deutschen Reiches ausget. Die unabhängigen Sozialdemokraten wollten Württemberg nur noch als Verwaltungsbezirk innerhalb der einheitlichen deutschen Republik weiter bestehen lassen. Man ist sich zwar allenthalben darüber klar, das auf vielen Gebieten, insbesondere dem der Finanz- und Steuerverwaltung, dies und jenes Stück bisheriger Staatshoheit der deutschen Einheit zum Opfer gebracht werden muß, allein auf kulturellem Gebiet hält man fest an der geschichtlich begründeten und bewährten Selbsthndigkeit. Und dasselbe gilt von der innern Verwaltung in Staat, Bezirk und Gemeinde. Die Entscheidung über das Reich fllt indessen in Weimar und Berlin.

Es geht in daselbe Gebiet, das man von der Bestellung eines eigenen Staatspräsidenten abgesehen und einfach den Reichspräsidenten zugleich mit der Stellung und dem Titel eines Staatspräsidenten ausgeteilt hat. Wenn in Deutschland an Stelle der 45 Reichspräsidenten ebenfalls repräsentative Staats-oberhupter treten wrdren, so könnte sich ihr Einfluss und Ansehen dem Eindruck der Sonderbarkeit einer solchen „Staatsumwlung“ anschlien. So ist man denn inhaltlich und ohne das ein Gegenantrag gestellt wurde, zu dem Beschluß gekommen, die Staatsleitung dem Staatsministerium zu übertragen, an dessen Spitze ein Ministerpräsident steht, der die Amtsbezeichnung „Staatspräsident“ führt. Der Staatspräsident vertritt den Staat

nach außen. Er hat das Recht der Einzelbegnadigung und auf Vorschlag des Staatsministeriums auch das der Niederlegung eines Strafverfahrens. Insbesondere steht ihm die Beamtenernennung (auf Vorschlag des zuständigen Ministers) zu, ein Recht, das er jedoch mit anderer Befrden übertragen kann. Der Staatspräsident wird durch den Landtag gewählt und beruht die übrigen Minister, die aber des Vertrauens des Landtags bedürfen. Nach jeder Renewal des Landtags wird auch der Staatspräsident neu gewählt und das Staatsministerium neugebildet. Der Landtag ist berechtigt, das Staatsministerium abzulassen oder die Entlassung einzelner Minister zu verlangen.

Man sieht, das sogenannte parlamentarische System ist rein und folgerichtig durchgeführt. Der Landtag ist der tatsächliche Träger der Staatsgewalt, von seiner Mehrheit hängt die Leitung wie Abbernung der Minister ab. Aber man hat der reinen Parlamentsherrschaft ein doppeltes Gegengewicht gegenübergestellt: einmal die Möglichkeit der Auflösung des Landtags, sodann die Schaffung von Beiräten bei den Ministerien. Zunächst also kann der Landtag durch Volksabstimmung aufgelöst werden, und eine solche Volksabstimmung muß stattfinden, wenn nebenher das Staatsministerium es begehrt oder ein Drittel der Abgeordneten das Volksbegehren (Initiative) stellt. So schwebt über der jeweiligen Landesmehrheit stets das Damoklesschwert der Auflösung, ein Warnvorzeichen der parlamentarischen Gewalt, vor Abweichungen von dem Mehrheitswillen des Volkes. Noch wichtiger und wirksamer ist die Einrichtung von Beiräten, die als Vertreter der verschiedenen Berufs- und Erwerbskreise der Ministerien angegliedert werden sollen und bei Abfassung des Gesetzes wie bei Erlassung von Verordnungen und allgemeinen Anordnungen zu hören sind. Das Nähere darüber ist einem der Landesversammlungen noch vorzuliegenden Gesetz vorbehalten. Die Einrichtung dieser Beiräte lässt in Württemberg an teilweise schon bestehende ähnliche Einrichtungen bei den Verwaltungsstellen, wie bei den Justizstellen für Gewerbe und Handel und für die Landwirtschaft an und bedeutet nur einen Ausbau und eine Ausdehnung dieser Verordnungen auf die übrigen Gebiete der Staatsverwaltung. Aber die Einrichtung bedeutet ohne Frage eine wesentliche Ergänzung und Korrektur der rein politischen Volksvertretung.

Baden.

Schwenningen, 17. Juni. Auf dem Bahnh. wurden bei einem Händler aus Posenheim angebliche Arzneimittel, die er angeben wollte, angeduldet. Die Sendung enthielt aber 16 Btl. Seife, Kaffee, Schokolade usw., die nun beschlagnahmt sind. — In Ludw. wurden zwei stammes Diener und ein halber Jentner Schokolade beschlagnahmt.

Waldshut, 17. Juni. Die Verhaftung von Schmugglern und Schiebern, vor allem in Weichen, hat einen solchen Umfang angenommen, das das hiesige Gerichte die Verhaftungen nicht mehr zu fassen vermag. Eine Anzahl mchte nach Stzungen gebracht werden. — In Bonndorf wurde ein gewisser Karl Prgger aus Solig, ein gewisser Schleichhändler, festgenommen. Man fand bei ihm ein geschlachtetes Kalb, eine Ziege und ein Hhlein, Hhner, Snften usw.

Singen, 17. Juni. Vor wenigen Tagen fand hier eine Konferenz der Vertreter sämtlicher Vereinigungen deutscher Wehrmänner aus der Schweiz mit solchen der Reichs- und der Bundesregierungen statt, um die amtlichen Stellen von der immer schlimmer werdenden Lage der auf die Einreise nach der Schweiz wartenden Wehrmänner zu unterrichten. Auch Vertreter der deutschen Befehlshaber in Bern, des Hufes Bundes für Jrich und des Hilfsvereins in St. Gallen waren zugegen. Die Forderungen der Wehrmänner wurden als völlig berechtigt anerkannt und sollen von den amtlichen Stellen nachmglich unterstützt und gefördert werden. In nächster Zeit soll laut „K. Z.“ in Bern eine Konferenz zwischen Bevollmächtigten der Reichsregierung und der schweizerischen Regierung stattfinden, um die Schwierigkeiten, die der Einreise der in der Schweiz heimkehrbaren Wehrmänner entgegenstehen, zu beheben.

Württemberg.

Stuttgart, 17. Juni. (Zur Entscheidung.) Staatspräsident Bloos ist heute abend nach Weimar abgereist.

Stuttgart, 17. Juni. (Kundgebung.) Wegen der Auflösung der A- und B-Mte, die nach dem Beschluß des württ. Landtags am 15. Juli eintreten soll, wendet sich eine Kundgebung der Landeskommission der Unabh. S. P. im gestrigen „Sozialdemokrat“. Die Genossen werden aufgefordert, an allen Orten und in allen Betrieben Versammlungen abzuhalten, um zu zeigen, das die Arbeiterklasse nicht gewillt sei, sich ihre in der Revolution errungenen Rechte rnden zu lassen.

Stuttgart, 17. Juni. (Mord.) Der 37 Jahre alte Wagn. Wilhelm Lamarter, Königsplatz 147, hat seiner Frau mit einem Rasiermesser den Hals durchgeschnitten und dann sich durch Seimen der Pulsader zu töten versucht. Er wurde lebend ins Hospital verbracht. Die Eheleute lebten nicht gut zusammen. Die Frau war eine der ersten Straßenbahnkassierinnen.

Canstatt, 17. Juni. (Ertrunken.) Beim Baden im Neckar ertrank ein 18 Jahre alter Kaufmann. — In der letzten Zeit sind auffallend viele Unfälle dieser Art aus dem ganzen Land gemeldet worden. Meist sollen sie auf Herzschläge zurückzuführen sein.

Waiblingen, 16. Juni. (Freiwilliger Tod.) Ein hier im Dienste stehendes 20 Jahre altes Mädchen aus Oberurbach hat sich in der Rems ertränkt.

Crailsheim, 16. Juni. (Schleichhandel.) Auf dem Bahnh. wurden von der Schabpol weitere 160 Stück Schafe beschlagnahmt, so das die Gesamtzahl der beschlagnahmten Schafe annähernd 800 Stück beträgt.

Giegnen a. Brenz, 17. Juni. (Diebstahl.) Ein Dieb drang nachts in den Schafstall des Schafhalters Kch in Brenz ein und stahl 50 Pfund Schafwolle.

Horb, 16. Juni. (Festnahmen.) Auf dem Bahnh. nach Gm. wurde eine fünfköpfige Schleichhndlergesellschaft aus Stuttgart erwischt und ihr über 2½ Zentner Fleisch abgenommen. Die Unholde, die in letzter Zeit verschiedene Mädchen in hiesiger Gegend zu vergewaltigen versucht haben, sind verhaftet.

Bl. u. Balingen, 16. Juni. (Vom Blitz erschlagen.) Bei dem Gewitter am Donnerstag wurde die Ehefrau des Karl Schaudt auf dem Feld vom Blitz erschlagen. Drei von ihren fünf Kindern, die mit ihrer Mutter auf dem Acker Unkraut jteten, kamen mit dem Schrecken davon.

Ravensburg, 17. Juni. (Landwirtschaftl. Bezugs- und Abgabegenossenschaft.) Es ist geplant, hier eine landwirtschaftliche Bezugs- und Abgabegenossenschaft ins Leben zu rufen.

Friedrichshafen, 17. Juni. (Abgefate Schleichhändler.) Am Samstag bot in einem hiesigen Hotel ein Schleichhändler aus Konstanz 12 Pfund Winter zum Preis von 16 1/2 Mk. für das Pfund an. Die Polizei nahm dem Preiswucherer das ganze Quantum ab. Am gleichen Tag wurde der Metzger Karl Stb von Siggemweiler u. A. festgenommen, beim Versuch, auf einem Demowagen einen frischgeschlachteten Ochsen im Gewicht von 65 Zentnern in zwei hiesigen Wirtshäusern abzuliefern, verhaftet.

Von der Enz, 17. Juni. (Eine nette Firma.) Zwei Leute, Hermann Eissig und Wilhelm Schuchmann taten sich vor einiger Zeit in Pforzheim als „Bijouteriefabrik“ zusammen; da die Sache aber nicht ging, verlegten sie sich auf Ankauf gestohlenen Edelmetalls und auf selbst verübte Einbrüche. Sie wurden ermittelt, als sie den letzten Einbruch in die Bijouteriefabrik Emil Kasper in der Weiberstre ausgeführt und für 10000 Mk. Bargeld, sowie für 18000 Mk. Waren erbeutet hatten. Den Raub konnte man ihnen wieder abnehmen.

Stuttgart, 17. Juni. (Strafhammer.) Drei Einbrecher stalteten am 10. April dem Keller eines Bdemeisters in der Poststraße einen nchtliehen Besuch ab. Am Morgen wurden sie, fast bis zur Bewusstlosigkeit betrunken, abgeführt. Das Gericht verurteilte gestern den 24jhrigen Hilfsarbeiter Wilhelm Palmer von hier zu 4 Monaten, den 24jhrigen Schlosser Paul Ansel von Hrtlingen u. A. Kronberg und den 19jhrigen Metzger Gustav Siegrist von Karlsruh zu je 7 Monaten Gefängnis. — Wegen erschwerter Einbrchversuche trat den letzten verurteilten Clemens Birkenmaler von Buchau eine Strafe von 2½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Eier-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarkt 27 erhalten Versorgungsberechtigten nachträglich ein weiteres Ei.

Bei den Kaufleuten Blumenthal, S. W. Bott, Bott bei der Linde, Broj Wwe. Hermann Grohmann, Emilie Hammer Lindenberg, Pfannsch, Robert Treiber, Treiber-Engmann, Charlotte Treiber und Weimert werden die Eier sofort abgegeben.

Bei den Kaufleuten Heinrich Bott, Kappelmann und Emil Wwe erfolgt die Abgabe in einigen Tagen, da der Vorrat nicht für alle Versorgungsberechtigten gereicht hat.

Stadt. Lebensmittelamt.
Kappelmann. Arbeiterrot Schlüter.

Ofen, Kochherde, Waschkessel,

Gaslochapparate, Gasgummischluche, Ofenvorsetzer, Sensen, Sensenwrbe, Sichel, Waghsteine, Rmpfer, Schaufeln, Spaten, Gartenrechen, Beile, Baumsgen, Bohrer, Pfannen, Brter, Kaffeemühlen, Kaffeeröster, Fruchtpressen, Kohlenkffel, Fleischhacken, Gasketten, Vorhangschlo, Sohlen- und Absatz-Nägel, empfiehlt

Fritz Kraus
Kaufstrae 148.

Bin unter Nr. 165

an das Telephonnetz angeschlossen.
Gottlob Rothsch., Glaser.

Zu verkaufen:

1 Dugend **Macco-Unterhosen**, 6 Stück große **Leintücher**, sowie verschiedene **Seidenstoffe**.

Verkauft nur an Private.
Wer, sagt die Exped. [371]

3 Bettladen

mit Koff hat zu verkaufen.
Kometsch, Villa Schnblid.

Zuverlässiger **Schuppenarbeiter** oder Arbeiterin können sogleich eintreten.
Gterbefrderer Bth.

Zwei möbl. Zimmer

mit Küche per sofort für kleine Familie zu mieten gesucht.
Näheres in der Exped. [369]

Stiele vermahlene **Herren und Damen**, darunter Wsschen, wünschen

baldige Heirat.

Näheres durch Frau **Josefine Hofmann** Stuttgart, Nachr. 16 l. la Referenzen, Telephon 6327.

W. B. P.

Donnerstag abend Jgerhnole.

Putzfrau

oder älteres Mädchen zum Reinigen von Geschäfts-räumen sofort gesucht.
Wo, sagt die Geschäftsstelle

os. Blattes. [370]

Zur sofort oder auf 1. Juli ein tüchtiges

Hausmädchen

gesucht.
Fremdenheim
Villa Grohmann.

Ein Paar neue **Damentiefel** Nr. 38 hat zu verkaufen.
Wer, sagt die Exped. [368]

Ein älteres

Mädchen

oder Frau zur Besorgung eines Haushalts sr sofort gesucht.
Fritz Kraus, Schlossermeier.

Zu baldigem Eintritt wird ein

Dienstmädchen

mit guten Empfehlungen in ein Landstädtchen bei Stuttgart gesucht.
Näheres durch Frau Dr. Josenhans.

Landestheater Wildbad.

Heute abend **Dreimderhaus.**
Singspiel in 3 Aufzügen von Dr. A. Billner und Heinz Reichert.

Starke **Reisprgel** tauscht gegen **Scheiter** Karl Seyfried Gehringhof.

Zum 1. Juli

Mädchen gesucht,

welches selbsthndig einfach kochen kann.

H. Lemppenau
Ofen a. d. Enz.

Holstin-

Späne

Chemische Reinigung im Hause Besser wie Gallseife!
empfiehlt
Carl Wilh. Gott.